Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schell am 03.03.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Ratsmitglieder,
geschätzte Mitarbeiter der Verwaltung,
werte Pressevertreter und Gäste,

wir haben uns heute im Ratssaal der Stadt Sankt Augustin zusammengefunden. Dabei nimmt man den Begriff Stadt in der Regel einfach als gegeben hin. Wenn man sich aber einmal damit beschäftigt, ob es eine exakte Definition von „Stadt" gibt, stellt man fest, dass das nicht ganz so einfach ist, da sich die verschiedenen Arten von Ansammlungen von Menschen nicht zuletzt aufgrund deren Unterschiedlichkeit nicht so einfach in eine Definitionsform pressen lassen.

Klar ist dabei, dass eine Stadt feste Grenzen hat, in der ihre Bewohner leben. Dieses Leben ist naturgemäß sehr vielschichtig – es besteht unter anderem aus Beruf und Freizeit, aus Wohnen und Einkaufen, aus Aufwachsen und Zurruhesetzen, aus manchmal traurigen Anlässen und hoffentlich auch aus viel Freude am Leben.

Die Stadt Sankt Augustin zeichnet sich durch ihre Kinder- und Familienfreundlichkeit aus. Und damit das so bleibt, haben Politik und Verwaltung – trotz der Haushaltsprobleme - mit dem vorliegenden Haushalt die Weichen gestellt.

Familienfreundlichkeit fängt bei den flexiblen, bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Möglichkeiten der Kinderbetreuung an, die die wesentliche Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind.

Sankt Augustin hat mit der reibungslosen Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes alle Versprechen gehalten und dabei in nicht unerheblichen Maße kommunale Mittel eingesetzt: Statt Gruppenschließungen, Elternprotesten und Qualitätsverlusten heißt es bei uns: Erhalt der Trägervielfalt – Ausbau der U3-Betreuung – Stärkung des Rechtsanspruches – Starke Betonung des Bildungsgedankens schon im Elementarbereich – Transparentes Beitragswesen und Festhalten an der Befreiung für Geschwisterkinder– weiterer Ausbau des städtischen Tagespflegenetzwerkes – Ausbau der Familienzentren im Sozialraum Menden/Meindorf!.

Mit dem Haushalt 2010 machen wir uns auf den Weg, die U3-Betreuung in unseren Kindertageseinrichtungen weiter massiv auszubauen. Wir verfolgen bis 2013 das ehrgeizige Ziel, für 35 % der unter dreijährigen Kinder entsprechende Plätze zu schaffen. In diesem Jahr werden wir auf der Grundlage politischer Beschlüsse im Oktober voraussichtlich das Ausbauziel in der Bedarfsdeckung u3-Betreuung schon übertreffen. Meilensteine dieser Entwicklung werden neben den auf den Weg für 2010 gebrachten Ausbaumaßnahmen (in städtischen Kita´s und denen der freien Träger) der zukünftig geplante Neubau einer zweigruppigen Einrichtung in Menden „Im Wertchen", für den sich die CDU-Fraktion nachhaltig eingesetzt hat, und der Bau einer viergruppigen Einrichtung im Sozialraum Menden / Meindorf sein.

Die Bildungslandschaft in Sankt Augustin ist gut aufgestellt. Wir können stolz auf unsere Schulen sein. Gerade die schulpolitischen Entscheidungen der jüngsten Vergangenheit, Sankt Augustin langfristig zur Ganztagsschulstadt auszubauen, sind durch das hervorragende Abschneiden der Realschule Niederpleis bei ihrer Bewerbung für den gebundenen Ganztag eindrucksvoll bestätigt worden. Es folgt damit der Ganztagshauptschule Niederpleis und dem AEG nach, die von uns schon in den letzten Jahren auf diesen Weg gebracht worden sind. Der nächsten Schritte für die nachhaltige Unterstützung des Ganztages sind ebenfalls eingeleitet.

Dem Elternwillen nach einer Gesamtschule verleihen wir weiter Nachdruck. Einstimmig hat deshalb der Rat am 16.02.2010 nach dem gescheiterten Anmeldeverfahren beschlossen, in eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit den Nachbarkommunen einzutreten. Die Verwaltung hat die schriftlichen Anfragen an die entsprechenden Kommunen verschickt und wird nach den Antworten konstruktive Vorschläge für die weitere Vorgehensweise erarbeiten. Wir sind für eine Gesamtschule, aber nicht um jeden Preis, und stehen daher weiterhin zu unserer Entscheidung, eine Gesamtschule nicht auf freiwilliger Basis zu errichten, da hierdurch die freiwilligen Leistungen in anderen Bereichen erheblich eingeschränkt würden. Alles weitere wurde in der oben genannten Sonderratssitzung gesagt und ich möchte hier niemandem die Zeit dadurch stehlen, dass ich dies wiederhole.

Die Vision einer durchgängigen Bildungslandschaft in einer Wissensstadt wie Sankt Augustin hört aber nicht bei den weiterführenden Schulen auf. Wie in nur wenigen Städten unserer Größe und Möglichkeiten, besteht in Sankt Augustin die Möglichkeit, von der Schule direkt zur Hochschule zu wechseln. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, eine durchgängige

Bildungsbiographie bis zum Hochschulabschluss in vollständig in unserer Stadt zu verwirklichen.

Zugegeben, die Sportstadt Sankt Augustin ist in die Jahre gekommen. Aber trotz angespannter Haushaltslage haben wir nach Wegen gesucht, die Voraussetzungen für unsere Sportvereine weiter zu verbessern. Ein Anfang wurde mit dem neuen Sportzentrum an der Grantham-Allee gemacht und fand in der Unterstützung des bemerkenswerten Engagements des SV Menden beim Bau seines neuen Sportlerheims seine Fortsetzung. Trotz des nicht weiterverfolgten ÖPP-Projektes und der mehr als schwierigen Haushaltssituation haben Rat und Verwaltung für den Sport in Sankt Augustin die Vision entwickelt, die Sportinfrastruktur durch die Errichtung von zunächst 3 Kunstrasenplätzen zu modernisieren.

Jugendarbeit wird in Sankt Augustin auf verschiedenen Feldern geleistet. Wir haben zur Unterstützung und zum Ausbau unserer Jugendarbeit mit dem Verein zur Förderung städtischer Jugendeinrichtungen ein Instrument geschaffen, das uns bei der Arbeit in den offenen Jugendeinrichtungen und bei der aufsuchenden Jugendarbeit ausgesprochen effektiv unterstützt. Bestes Beispiel war die in nur 134 Tagen Bauzeit geleistete Wiedererrichtung des abgebrannten Spielhauses auf dem Abenteuerspielplatz. Das Spielhaus ist gleichsam Symbol einer Jugendarbeit, die die Jugendlichen dort abholt, wo sie stehen. Und es ist ein Symbol auch dafür, wie flexibel und leistungsfähig städtische Jugendarbeit ist. Zumal, wenn Sie – wie mit dem Schutzhüttenprojekt – auch integrative Ansätze verfolgt.

Mit dem Streetworkmobil und der dauerhaften Sicherung der Stelle unserer Steetworkerin können wir flexibel auf die Problemlagen junger Menschen in den einzelnen Ortsteilen reagieren.

Jugendarbeit findet aber auch in ganz hervorragendem Maße in unserer Musikschule statt, die auch in diesem Jahr wieder mit einem ganz besonderen Angebot zu den Aushängeschildern unserer Stadt gehört. Auch die vielen Preise, die die Musikschüler in der Vergangenheit erzielt haben und künftig mit Sicherheit erzielen werden, sind ein deutliches Zeichen für die gute Arbeit, die dort geleistet wird.

Mit der Einführung der kommunalen Sicherheitskonferenz ist die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kreispolizeibehörde in der

Ordnungspartnerschaft im Interesse der Sicherheitslage ausgebaut und institutionalisiert worden.

Und mit der Aufstellung des Brandschutzbedarfsplanes ist die Arbeit unserer Freiwilligen Feuerwehr für die Zukunft auf eine sichere Basis gestellt worden. Der Brandschutzbedarfsplan wird nun durch eine verwaltungsinterne Projektgruppe umgesetzt und die ersten konkreten Ergebnisse zur Sicherung eines sehr hohen Brandschutzniveaus liegen vor. Dazu gehört insbesondere die Errichtung einer neuen, zentralen Atemschutzwerkstatt am Standort Mülldorf, in der die neu eingestellten hauptamtlichen Gerätewarte untergebracht werden. Noch in diesem Jahr erhält der Löschzug Mülldorf endlich seine neue Drehleiter und die Planungen für ein neues Feuerwehrgeräthaus in Buisdorf befinden sich in der Vorbereitung.

Der Rat hat für die Belange behinderter Menschen zwei ehrenamtliche Behindertenbeauftragte bestellt, die als erfolgreiche Interessenvertreter und Ideengeber zusammen mit Rat und Verwaltung Barrieren für behinderte Menschen aufzeigen und an deren Beseitigung mitwirken. Ein Behindertenwegweiser wurde bereits erarbeitet.

Das Thema „Neue Wohnformen im Alter“ wurde aufgegriffen, um Hilfestellung und Information bei der Verwirklichung alternativer Wohnprojekte für Menschen im Alter zu geben.

Vor kurzem wurde der neue Integrationsrat gewählt, dessen Arbeit ich sicherlich genauso schätzen werde wie die seiner Vorgängerorganisation, dem bisherigen Ausländerbeirat, und der ein Garant für eine erfolgreiche Integrationspolitik in Sankt Augustin sein wird.

Aber eine Stadt benötigt über die konkreten Unterstützungen im vielfältigen sozialen Bereich hinaus natürlich auch klare Strukturen und Ziele im Bereich Städtebau und -planung. Hier wurden in 2009 viele wichtige Punkte umgesetzt.

Die Genehmigung des Flächennutzungsplanes im Mai 2009 hatte nicht nur zur Folge, dass der völlig überalterte Plan aus dem Jahr 1974 über Bord geworfen werden konnte - nein mehr noch:

Die Stadt Sankt Augustin hat als erste Stadt im Regierungsbezirk Köln und damit in der gesamten Region ein komplexes Planungssystem, das ein vollständiges Bild der Stadt in allen Bereichen planerischen Handelns zeichnet.

Dieses Bild besteht aus dem Stadtentwicklungskonzept Sankt Augustin 2025 als übergeordnetem, strategischem Rahmen mit Leitbild und operativen Zielen, dem neuen Flächennutzungsplan als wichtigem Instrument zur Verrechtlichung dieser Aussagen, dem Verkehrsentwicklungsplan mit abschließenden Aussagen zur Entwicklung des Verkehrs, dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept zur Entwicklung der räumlichen und funktionalen Ordnung des Stadtgebietes, sowie dem Ausgleichsflächenkonzept und dem Grünen C als konkreter Aussage zur weiteren Entwicklung des Freiraumes.

Hinzu kommt der Fahrplan für den Klimaschutz, der spätestens mit der Überprüfung der städtischen Gebäude im Hinblick auf die Potenziale zur Reduzierung des CO^2 - Ausstoßes und zur Einsparung finanzieller Ressourcen erheblich an Fahrt gewonnen hat.

Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept, welches im Herbst 2008 beschlossen wurde und 2009 gemeinsam mit dem Flächennutzungsplan vom Regierungspräsidenten genehmigt wurde, zeigt nicht nur erste Früchte für die Nahversorgung in den Stadtteilen, sondern wurde mit einem Projekt unterlegt, welches als eines der wichtigsten unserer Stadtgeschichte bezeichnet werden kann: Dem Neubau des HUMA-Einkaufsparkes mit einem Investitionsvolumen von mindestens 120 Mio. €. Richtigerweise ist dieses Projekt in die Erarbeitung einer Perspektive für das gesamte Zentrum zwischen B56, Hochschule, Südarkaden und Kloster eingebettet worden. Diese Perspektive heißt „Masterplan Urbane Mitte“ und wird fußend auf einer umfassenden Bürgerbeteiligung ein realistisches Zukunftsbild unseres Zentrums zeichnen.

Auf dem Areal des ehemaligen Kümpel-Geländes nehmen die baulichen Aktivitäten allmählich Gestalt an. Die Konturen des künftigen Wohngebietes sind mittlerweile erkennbar. Der geplante Kreisverkehr wird noch in diesem Jahr fertiggestellt, so dass dieser wichtige südöstliche Eingangsbereich des Stadtteiles Menden in absehbarer Zeit deutlich an Attraktivität hinzugewinnen wird.

Nachhaltige Stadtentwicklungsplanung bedeutet immer, an die Daseinsvorsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger zu denken. Bei diesen Überlegungen steht natürlich der Aspekt des demographischen Wandels an erster Stelle. So haben sich die in den Jahren 2008 und 2009 auf den Weg gebrachten Projekte prächtig entwickelt. Dem zunehmenden Bedarf von Senioren nach geeignetem, barrierefreien Wohnraum wird dadurch Rechnung getragen, dass Projekte wie die Planungen für die Pastor-Hochats-Straße, die Hofstelle Bender, der Klosterpark oder die Bebauung an der

Bachstraße inmitten des Ortskernes von Hangelar ganz entschieden vorangetrieben wurden. All diese Projekte befinden sich in der Umsetzung und bis zur Bezugsfertigkeit der ersten Wohneinheiten werden nur noch wenige Monate vergehen.

Die Bebauung der Bachstraße führt übrigens dazu, dass am Haltepunkt Hangelar – Ost ein neuer P&R Platz mit zunächst über 60 Stellplätzen entstehen wird. Der Baubeginn erfolgte im Herbst und nach der langen Frostperiode, die uns dieser Winter bisher bescherte, gehen die Arbeiten seit diesem Montag weiter.

Die folgenden Jahre und insbesondere das Jahr 2010 werden wieder ganz im Zeichen der Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes und seines Leitbildes Wissensstadt PLUS stehen. Ein großer Teil der bereits eingeleiteten Bebauungsplanverfahren werden zum Abschluss gebracht werden können, so dass in den genannten Bereichen mit konkreten Baumaßnahmen gerechnet werden kann.

Beispielhaft genannt für die Umsetzung des WissenschaftPLUS-Konzeptes sei hier die Weiterverfolgung des Projektes Umwelt Science Center auf dem Gelände des ehemaligen Pleistalwerkes.

So, meine Damen und Herren, nun habe ich eine Menge an Beispielen gebracht, was im Jahr 2009 in unserer schönen Stadt umgesetzt wurde – teilweise mit Auswirkungen auf die kommenden Jahre. Viele von Ihnen werden sich denken „das wusste ich doch schon". Aber bevor ich gleich zum Haushalt 2010 komme, wollte ich damit eines ganz deutlich aufzeigen: Die Politik unserer Stadt hat mit der CDU als erneut und mit Abstand stärkster Fraktion in sehr enger Kooperation mit der FDP an der Spitze - und mit manchmal mehr und manchmal weniger Unterstützung der Oppositionsfraktionen - viele wichtige Dinge auf den Weg gebracht und die Verwaltung unserer Stadt hat diese Beschlüsse in offensichtlich sehr ergebnisorientierter Weise in die Praxis umgesetzt. Hier möchte ich mich für die sehr gute Zusammenarbeit mit der FDP ausdrücklich bedanken und auch die Verwaltung für ihre vielschichtige gute Arbeit loben. Diesbezüglich würde ich mich freuen, wenn die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter dieses Lob an ihre zahlreichen Kollegen weitergeben würden.

Dieses Lob ist auch ein Übergang zum Hauptthema des heutigen Abends, dem Haushalt 2010. Unser Lob und unser Dank gilt nämlich im Rahmen unserer Haushaltsberatungen auch speziell den Mitarbeitern der Kämmerei, die den Haushaltsentwurf erstellt haben, und den vielen Verwaltungsmitarbeitern, die der Kämmerei umfangreich zugearbeitet haben, und natürlich all den Damen und Herren, die vor allem in vielen Termin unsere umfangreichen Fragen beantwortet haben.

Es ist ja weitläufig bekannt, dass das Ergebnis des städtischen Haushaltes für dieses Jahr stark negativ ist. Zwar waren auch die Ergebnisse in den vergangenen Jahren nicht ausgeglichen oder gar positiv, aber mit ca. 16 Mio. € Defizit im Ergebnishaushalt haben wir in Sankt Augustin einen Rekord im negativen Bereich vorliegen. Es ist allgemein anerkannt, dass der überwiegende Teil davon keineswegs hausgemacht ist, sondern der allgemeinen wirtschaftlichen Lage auf der Basis der jüngsten weltweiten Finanzkrise geschuldet ist.

Das ändert aber natürlich nichts daran, dass sich dieses Minus auch mittelfristig bei uns stark bemerkbar macht. Zum einen ist damit die Ausgleichsrücklage, die mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) gebildet wurde, vollständig aufgebraucht und zum anderen sind die Planergebnisse bis 2015 zwar besser, aber immer noch so schlecht, dass wir ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen – dies ist verbunden mit den weitläufig bekannten Einschränkungen im Bereich der freiwilligen Leistungen und weiteren Maßgaben der Landesregierung, die die Hauptgründe für die Unmöglichkeit der Einrichtung einer Gesamtschule und auch die der Umsetzung des ÖPP-Projekts waren.

Erstaunlicherweise wurden CDU und FDP von den Oppositionsparteien stark gescholten, als wir in eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit einem Antrag gingen, dass die Verwaltung im Laufe des Jahres 500 T€ einzusparen hätte. Dies machten wir in dem festen Vertrauen darauf, dass die Verwaltung bei Beibehaltung der Planungsniveaus einen sehr guten Haushaltsentwurf erstellt hatte, wir aber das klare Signal setzen wollten, dass die Durchführung der städtischen Pflichtleistungen aber an der ein oder anderen Stelle auch mit einem vielleicht nicht ganz so hohen Ausführungsniveau immer noch sehr gut zu machen ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch einmal etwas ganz deutlich machen. Die Stadt hat im Rahmen des NKF eine so genannte „allgemeine Rücklage“. Hierin finden sich die Wertansätze für das umfangreiche Eigentum

der Stadt wieder – z. B. die Straßen und stadteigene Gebäude. Im Vergleich mit einem Unternehmen würde man es Eigenkapital nennen, im Vergleich mit einer Familie Sicherheiten. Wenn wir jedes Jahr ein so großes Defizit machen würden wie in diesem, wäre diese Rücklage in gut 6 Jahren aufgebraucht. Die mittelfristige Planung geht von einer Erholung der Wirtschaft aus, weswegen dies aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eintreten wird. Aber selbst, wenn wir uns die Ergebnisse von vor der Wirtschaftskrise anschauen und grob hochrechnen, kommt man zu dem Schluss, dass bei einer einfachen Weiterführung dieser Ergebnisse die allgemeine Rücklage der Stadt Sankt Augustin in ca. 20 Jahren – ein paar Jahre rauf oder runter – aufgebraucht wäre. Bei einer Firma wäre also das Eigenkapital weg, bei einer Familie die Sicherheiten – beide würden keine Kredite mehr bekommen und die Firma wäre dann kurz vor der Pleite.

Mit einer derartigen Zukunftsaussicht können und wollen wir uns nicht abfinden. Zum einen sind natürlich alle hier im Rat vertretenen Fraktionen mit Parteiorganisationen auf Bundes- und Landesebene aufgefordert, die teilweise für die negativen Ergebnisse verantwortlichen Gründe, die eben seitens Bund und Land den Kommunen zugeteilt werden, in den übergeordneten Gremien zu thematisieren und entweder die Lasten anders zu verteilen oder für ausgleichende finanzielle Zuwendungen zu sorgen. Aber das kann es natürlich nicht alleine sein – in Zeiten leerer Kassen müssen auch wir hier in Sankt Augustin zu einer Verbesserung der Lage beitragen.

Wir haben die Zeit gerne genutzt, um konkrete Veränderungen des Haushaltsentwurfes für eine Ergebnisverbesserung in einer Größenordnung von 270T€ vorzulegen und in der letzten HaFA-Sitzung zu beschließen. Bei der Differenz zu den anvisierten 500T€ , also 230T€, haben wir unser volles Vertrauen in den Bürgermeister und seine Verwaltung, wie von Herrn Schumacher in der vorletzten HaFA-Sitzung auch angeboten, dass sie unter den eben genannten Voraussetzung weitere Einsparmöglichkeiten finden und umsetzen werden. In unseren Augen teilt auch mindestens die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die grundsätzliche Auffassung, dass dies ein gangbarer Weg ist, da die von ihr eingebrachten pauschalen Kürzungen bei einigen Produkten des Haushalts in Summe ebenfalls bei um die 200T€ liegen. CDU und FDP sind halt nur der Meinung, dass man der Verwaltung getrost einen größeren Handlungsspielraum gewähren kann, weswegen eine Festlegung auf die Produkte nicht notwendig ist.

Mich persönlich hat bei der ganzen von der Opposition initiierten Diskussion darüber, inwieweit es sinnvoll ist, der Verwaltung eine solche pauschale

Einsparaufgabe zu übertragen, sehr gewundert, dass niemand so richtig auf die ursprünglichen Vorschläge der SPD eingegangen ist. Diese hätten summiert nämlich nicht nur zu keiner Einsparung geführt – nein, sie hätten zu einer Verschlechterung des Ergebnisses in einer Größenordnung von 500T€ geführt – und das nicht nur in 2010, sondern auch in jedem der Folgejahre. Leider ist es ja nicht vorgeschrieben, Begründungen für das Zurücknehmen von Anträgen zu geben. Daher kann ich nur spekulieren, dass die Haushaltsfachleute der SPD anscheinend einfach nur etwas länger als die der anderen Fraktionen gebraucht haben, bis sie NKF schlicht und ergreifend verstanden hatten. Denn uns bei der aktuellen Haushaltssituation die Methodik vorzuwerfen, wie wir 500T€ einsparen wollen, und gleichzeitig jährlich 500T€ mehr ausgeben zu wollen, ist schon mehr als dreist.

Und lassen Sie mich kurz vor Ende meiner Rede auch noch einmal auf mein Gesprächsangebot an die Opposition zurückkommen, welches ich in der Ratssitzung am 28.10.2009 gemacht habe. Wie Herr Knülle damals bemerkte, war das etwas Positives, und als langjähriges Ratsmitglied weiß er, dass so etwas gerade der stärksten Fraktion nicht unbedingt leicht fällt. Dass diesbezüglich vor allem seitens der zweitstärksten Fraktion, der SPD, so gar nichts zurückgekommen ist, hat mich enttäuscht. Lieber Herr Knülle, vielleicht nehmen Sie trotz all Ihrer Erfahrung ja folgenden Hinweis von mir an: Da die CDU den ersten Schritt gemacht hatte, hätte der SPD der zweite gut zu Gesicht gestanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir haben heute einen vom Ergebnisbetrag her sehr negativen Haushalt zu verabschieden, in dem aber – und das möchte ich nicht unerwähnt lassen – gerade in den wichtigen Bereichen Soziales, Kinder und Jugend sogar mehr Ausgaben enthalten sind als im letzten Jahr. Die Gesamtergebnisprognosen für die kommenden Jahre sind zwar besser, aber immer noch nicht beruhigend. Von daher müssen wir die begonnenen Einsparungen auch in den folgenden Jahren unbedingt fortsetzen. Wir, die CDU, werden gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, der FDP, jedenfalls alles dafür tun, damit uns dies gelingt. Denn unser aller Ziel sollte es sein, gute Rahmenbedingungen für unsere Stadt und damit für ihre Bewohner zu schaffen – damit diese Bewohner bei Beruf und Freizeit, bei Wohnen und Einkaufen, beim Aufwachsen und beim Zurruhesetzen, bei den manchmal

traurigen Anlässen des Lebens und natürlich schlicht bei der Freude am Leben die bestmöglichen Rahmenbedingungen haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit

(es gilt das gesprochene Wort)